

## «Ich bin nicht einfach ein Kernenergie-Fan»

Von Rudolf Burger.

**Kurt Rohrbach, Direktionspräsident der BKW FMB Energie AG, wird als CEO der BKW zurücktreten. Er kritisiert das Ausstiegszenario des Bundes und sagt, die BKW setze auf Wasserkraft und Wind.**



Die BKW setze auf Wasserkraft und Wind, sagt Kurt Rohrbach. Er kritisiert das Ausstiegsszenario des Bundes.  
Bild: Adrian Moser

**Herr Rohrbach, Sie treten als CEO der BKW zurück. Das sieht nach einem kurzfristig gefällten Entscheid aus.**

Der Entscheid ist über Monate gereift.

**Wenn ein CEO einer so grossen Firma zurücktritt, wird gewöhnlich gleich der Nachfolge vorgestellt**

Urgestein.

Das muss nicht so sein. Wenn der Entscheid gefällt ist, muss er kommuniziert werden, so will es schon das Börsenrecht. Und wenn die Stelle ausgeschrieben wird, muss die Information bereits erfolgt sein.

**Sie werden als Verwaltungsrat weiter für die BKW tätig sein. Um weniger exponiert zu sein als heute?**

Es ging nicht darum, meine Exponiertheit zurückzunehmen, sondern darum, dass ich eine andere Funktion ausüben kann, in der ich der BKW weiterhin etwas bringe, ohne operativ an der Front zu sein. Dabei geht es vor allem um strategische Fragen, die weniger hektisch sind als das Tagesgeschäft

**Die Grünen haben Ihnen das Etikett «Atomstrom-Urgestein» angehängt . . .**

. . . mit dem Urgestein kann ich gut leben . . .

**. . . im Grunde genommen halten Sie das Ausstiegsszenario des Bundesrats bis 2034 für falsch.**

Nein, ich halte es für realistisch. Wir haben diese Beurteilung auch gemacht und kommen zum gleichen Schluss: Es wäre illusorisch, die bestehenden Kernkraftwerke mit neuen ersetzen zu wollen.

**Ist dieses Urteil letztlich die Folge von Fukushima?**

Es ist die Folge davon, dass es in der Öffentlichkeit neue Mehrheiten gibt. Es hat keinen Sinn, gegen den Volkswillen etwas zu unternehmen.

**Die Abstimmung im Februar 2011 im Kanton Bern ergab ja noch eine leichte Mehrheit von 51 Prozent für ein neues AKW.**

Das ist vorbei, Medien und Politik haben das ihre dazu beigetragen. Ob die veröffentlichte Meinung

den Volkswillen genau repräsentiert, weiss ich nicht. Aber die Situation ist so, dass es heute nicht zielführend wäre, neue Gesuche einzureichen.

**Man spürt bei Ihnen ein gewisses Bedauern, dass dem so ist.**

Das ist eine Frage der Einschätzung. Ich bin davon ausgegangen, dass man mit den neuen Generationen von Kernkraftwerken nach wie vor ein Sicherheitsniveau erreichen könnte, das vertretbar ist. Ich bin nicht einfach ein Kernenergie-Fan, ich finde nicht, dass es die einzige Energieform sei. Unsere Strategie war übrigens nie nur auf Kernenergie fokussiert, auch wenn das jetzt so behauptet wird. Es stimmt, Kernenergie war unser Hauptszenario, wir haben aber schon Jahre vor Fukushima auch auf andere Energieträger gesetzt, sowohl fossile als auch erneuerbare. Man musste über ein anderes Szenario verfügen, für den Fall, dass Kernenergie ausfallen würde. Ich nehme das für mich in Anspruch, dass wir das so kommuniziert haben.

**Sie ziehen den Entscheid des Verwaltungsgerichts, dass Mühleberg schon 2013 abgeschaltet werden müsse, wenn gewisse Auflagen nicht erfüllt werden, vors Bundesgericht. Sind Sie guten Mutes, dass der Entscheid umgestossen wird?**

Wir erhoffen uns Klarheit und Rechtssicherheit, wie das Verfahren durchgeführt werden muss. Das geht nicht, ohne dass wir Beschwerde führen. Es gibt eine grosse Unsicherheit in der Frage, wer jetzt in der Beurteilung der Sicherheit zuständig sei. Ist es das Ensi (Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat) oder das Uvek (Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation)?

**Sie setzen alle Energien daran, Mühleberg noch bis 2022 zu betreiben . . .**

. . . Sicherheit und Wirtschaftlichkeit vorausgesetzt.

**Was eigentlich braucht es an baulichen Massnahmen aus Ihrer Sicht?**

Das wird jetzt präziser eruiert. Wir ziehen die zusätzlichen Verankerungen bei der Mühleberg-Staumauer vor, um deren Erdbebensicherheit zu erhöhen.

### **Weiter gibt es Projekte für die Notkühlung.**

In Bezug auf das Wasser aus der Aare sind wir redundant, da gibt es schon die Normalkühlung und eine Notkühlung. Jetzt wird gefordert, dass wir für den Fall, dass die Aare versiegen würde oder aus einem andern Grund kein Aare-Wasser mehr zur Verfügung stünde, noch eine weitere Kühlquelle haben müssten. Da gibt es drei Varianten: Erstens den Kompaktkühler, der Frischluft brauchen und Wasser verdampfen würde, zweitens ein Hochreservoir als Wasserreserve und drittens einen Stollen, der Wasser von der Saane heranzuführen würde. Zu diesen Varianten machen wir im Moment vertieft Abklärungen.

### **Wie steht es mit neuen Zugankern beim Kernmantel?**

Das Thema Kernmantel ist seit längerem ein Politikum. Da sind wir punkto Sicherheit in der Schweiz auf einem sehr hohen Niveau. Im Ausland gilt eine Zugankerkonstruktion als definitive Reparatur, da wird gar nicht mehr gemessen, ob noch ein Risswachstum vorhanden ist. Wir haben die Reparatur mit Zugankern schon durchgeführt und messen dennoch systematisch weiter. Das Ensi hat für den Langfristbetrieb zusätzliche Massnahmen gefordert. In diesem Zusammenhang schlagen wir vor, die bestehenden vier durch sechs neue Zuganker zu ersetzen.

### **Das tönt alles nach sehr viel Geld. Wo liegt die Limite – wie viel können Sie für die voraussichtlich noch 10 Jahre Betrieb investieren?**

Wir eruieren den Investitionsbedarf sorgfältig und stellen ihn der Marktentwicklung gegenüber. In unseren Überlegungen müssen wir auch beurteilen, wie sich die Rahmenbedingungen entwickeln. Dann werden wir entscheiden.

### **Eine Grössenordnung hat man von Ihnen bis jetzt nicht gehört.**

Das sagen wir auch nicht. Klar ist: Den Kernmantel auszuwechseln wäre sicherheitstechnisch weder gefordert noch sinnvoll und würde zudem mehrere Hundert Millionen Franken kosten. Bei der Mühleberg-Staumauer handelt es sich um einen tiefen zweistelligen Millionenbetrag, und bei der

Mühleberg-Staumauer handelt es sich um einen tiefen zweistelligen Millionenbetrag, und bei den unterschiedlichen Szenarien für die diversitäre Kühlung gibt es eine grosse finanzielle Spannweite.

**Was ist, wenn das Urteil des Verwaltungsgerichts vom Bundesgericht gestützt wird und die von der BKW verlangten Massnahmen zu viel kosten – stellen Sie Mühleberg ab?**

Wenn das Urteil vollständig aufrechterhalten und unser Konzept nicht akzeptiert würde, hätten wir gar keine andere Wahl.

**Die BKW argumentiert, Mühleberg müsse auch deshalb weiterbetrieben werden, weil so die Stilllegung besser zu finanzieren sei.**

Das ist ein Aspekt. Es würde so mehr Zeit bleiben, damit das Werk seine Stilllegungskosten selber verdient, wie es eigentlich sinnvoll ist.

**Wie viele Millionen sind schon in diesem Stilllegungsfonds?**

Die Rückstellungen in unserer Bilanz betragen heute insgesamt rund 1,4 Milliarden Franken. Im Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sind über 600 Millionen Franken.

**Wie gross wäre der wirtschaftliche Schaden, wenn Mühleberg effektiv 2013 abgestellt werden müsste?**

Wir haben die Zahlen schon offengelegt. Wir müssten 400 Millionen sofort amortisieren und die Rückstellungen um etwa 200 Millionen erhöhen. Das würde die Bilanz und die Jahresrechnung belasten. Die 450 Millionen Franken, die in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds verschoben werden müssten, sind nicht erfolgswirksam. Das ist lediglich die Frage, wo die Mittel angelegt sind.

**Die BKW könnte also keine Gewinne mehr schreiben.**

Es gäbe in einem Jahr einen grossen Verlust. Der anschliessend jährlich wegfallende Beitrag zum Ergebnis würde geschätzt etwa 50 Millionen betragen. Wir hätten damit wenig Luft, um den Konzer

weiterzuentwickeln.

**An der Medienkonferenz diese Woche haben Sie bekannt gegeben, die Investitionen in Biomasse und Sonnenenergie zu drosseln. Glaubt die BKW nicht an die Stromproduktion aus diesen Energien?**

Doch, wir glauben daran, und drosseln ist das falsche Wort, denn wir haben in diesen Bereichen nie viel investieren können. Hauptsächlich geht es uns um die Rollenteilung: Wir haben einige Solaranlagen gebaut, sogenannte «Leuchtturmprojekte», die zeigen sollen, was alles möglich ist. Aber grundsätzlich mieten wir keine Dächer von Privaten zur Stromproduktion, Solarenergie soll dezentral produziert werden. Die Realisierung der Energiestrategie 2050 kostet die Schweiz einen dreistelligen Milliardenbetrag, wovon die Strombranche vielleicht einen Drittel finanzieren kann. Wir investieren also nicht dort, wo die Finanzierung durch Private im Vordergrund stehen sollte, wir werden unsere Mittel zur Systemintegration dieser dezentralen Anlagen insbesondere in die Netzinfrastruktur investieren müssen.

**Kurz und bündig: Die privaten Verbraucher sollen Sonnenenergie-Panels auf ihre Dächer montieren.**

Private oder Firmen, so sehen wir die Rollenverteilung in der Zukunft. Wenn die Schweiz ihr Stromversorgungssystem umbauen will, muss aber Investitionssicherheit geschaffen werden, damit auch Dritte investieren können. Sonst geht das nicht.

**Sie wollen die Wasserkraft ausbauen. Wann fahren auf der Grimsel die Bagger auf?**

Möglicherweise sehr bald. Die Konzessionsanpassungen werden jetzt im Grossen Rat behandelt. Das geht sicher noch ein Jahr, bis alle Städte entschieden haben. Was die Mauererhöhung betrifft, haben Umweltschutzkreise angekündigt, sie vor Bundesgericht anzufechten.

**Trotz Fukushima.**

Das Enttäuschende ist für mich – nebst anderen Rückschlägen – dass uns in der Woche nach Fukushima breit angekündigt wurde, die Mauererhöhung komme auf keinen Fall infrage. Das heisst dass es noch viel Arbeit braucht, bis wir einen konstruktiven Energiedialog in Gang bringen können.

### **Wie sieht es bei der Windenergie aus, die Sie weiter forcieren wollen?**

In der Schweiz würden wir gerne mehr investieren, aber wenn wir schauen, welche Fortschritte es hier gibt, wird die Windenergie wahrscheinlich nur einen bescheidenen Beitrag leisten können. Für Windenergie haben wir uns auf Deutschland und Italien konzentriert. Die BKW ist in diesem Bereich wohl der grösste Schweizer Investor. Das wird gerne unter den Teppich gewischt. In den letzten Jahren haben wir mehr in Windenergie als in Kohle investiert.

### **Aber Sie investieren auch in das Kohlekraftwerk Wilhelmshaven in Deutschland.**

Klar. Das haben wir schon länger so entschieden und das wird jetzt umgesetzt. Es wird aber gemäss neuer Strategie in Zukunft keine zusätzlichen Investitionen in Kohlekraftwerke mehr geben, hingegen fahren wir beim Wind weiter.

### **Und Sie wollen das Projekt Gaskraftwerk Utzenstorf wieder aus der Schublade ziehen.**

Das ist eine Möglichkeit. In der Bundespolitik wurde – zwar etwas verschämt – gesagt: Wenn die Stromproduktion nicht ausreicht, greifen wir auf Gas zurück. Wir sagen: Das ist eine Option, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit kommt. Da muss aber nicht unmittelbar gehandelt werden, wegen der Konjunktur ist der Strompreis in Europa im Moment sehr tief.

### **So oder so: Umweltschutzverbände werden vermutlich die meisten neuen Projekte bekämpfen.**

Interessant ist der Widerspruch, der hier besteht: Bei zahlreichen Projekten wird Opposition gemacht und im gleichen Atemzug wird uns vorgeworfen, wir seien bei der Umsetzung der Strategie zu zögerlich. Das ist spannend: Ich wüsste einen Weg, wie es schneller ginge, da könnten genau



denjenigen, die uns dies vorwerfen, wesentlich dazu beitragen.

**Die Anti-AKW-Bewegung hat vor allem in deutschsprachigen Ländern Erfolg. Wie erklären Sie sich das?**

In Deutschland und in der Schweiz wird die Debatte anders geführt als etwa bei unseren Nachbarn in Frankreich. Das war schon beim Waldsterben so und ist auch bei der CO<sub>2</sub>-Frage so. Es ist interessant, dass in der Romandie Gaskombi-Anlagen weniger auf Widerstand stossen als in der Deutschschweiz. Weshalb das so ist, kann ich auch nicht erklären.

**Wieso wird das Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues AKW eigentlich nicht zurückgezogen?**

Das Gesuch wird ja nicht weiter bearbeitet.

**Wie viel Geld ist in dieses AKW, das jetzt ja nicht kommt, investiert worden?**

Wir haben letztes Jahr 14 Millionen abgeschrieben. Alpiq und Axpo je etwa 30 Millionen.

**Setzen Sie Hoffnung auf den Fusionsreaktor, der in Frankreich gebaut wird?**

Kernfusion ist etwas Faszinierendes. Bau und Betrieb sind aber sehr komplex. Es muss noch ein sehr weiter Weg zurückgelegt werden. Ich bin der Meinung, dass die Menschheit sich diese Option offenhalten muss, ohne dass man heute schon sicher ist, ob sie umsetzbar ist. Die Ausgangslage ist gut: Es wird nicht auf Konkurrenz gemacht. Fast alle Länder, die sich engagieren, arbeiten am gleichen Projekt. Die Schweiz hat dort eine sehr gute Position mit hervorragenden Fachleuten.

**Der Atomausstieg könnte bedeuten, dass die Schweiz all diese Nuklearenergie-Fachleute verliert.**

Das ist das grosse Risiko. Für die bestehenden Werke braucht es Fachleute, Ausbildung, etwas Forschung. Es ist nicht einfach, Leute für eine Technologie zu begeistern, die nicht akzeptiert wird.

Deshalb finde ich ein Technologieverbot nicht sinnvoll.

**Ab 2020 werden Ihnen in Mühleberg die Leute davonlaufen.**

Diese Herausforderung müssen wir annehmen. Es wird darum gehen, mit diesen Mitarbeitenden längerfristige Verträge abzuschliessen. Klar ist, dass das mit Kosten verbunden sein wird. Es braucht im Übrigen auch Fachleute, die die Nachbetriebsphase und den Rückbau betreuen.

**Wie lange dauert die Stilllegung eines Atomkraftwerks?**

Man rechnet mit einer Nachbetriebsphase von etwa fünf Jahren, während der man die Anlagen abklingen lässt. Die Rückbauarbeiten dauern in etwa zehn Jahre.

**Das Ausstiegsszenario des Bundes beruht auch auf der Überlegung, dass weniger Strom gebraucht wird. Glauben Sie daran?**

Nein. Das Störende an der Ausstiegssdiskussion ist nicht die Tatsache, dass keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden – das ist nachvollziehbar. Ich hätte erwartet, dass die Rechnungen nicht auf einem einzigen Szenario beruhen. Vor drei Jahren galt ein Szenario, das von einer Stabilisierung des Stromkonsums ausging, als sehr ambitionös. Das Ausstiegsszenario, welches der Bund präsentiert hat, geht von gesetzlichen Massnahmen aus, welche dann noch erst durchgesetzt werden müssten. Ich wäre froh gewesen, wenn man mehrere Szenarios entwickelt hätte.

**Halten Sie eine Stabilisierung bei der 6000-Watt-Gesellschaft, die wir heute etwa sind, für möglich?**

Mit einschneidenden Massnahmen kann man sicher zu einer Stabilisierung des Stromverbrauchs kommen, was schon ein ambitionöses Ziel wäre. Wo genau eine Stabilisierung möglich ist, versuchen wir mit einer Studie des Verbands der Schweizer Elektrizitätswerke herauszufinden, welche aufzeiger soll, was realistisch ist.

## **Muss sich der Konsument so oder so auf höhere Strompreise einstellen?**

Ja. Wenn man die Beträge sieht, die es braucht, um das Stromversorgungssystem umzustellen, werden die Preise sicher ansteigen. Die Frage ist nur, wie stark und wie schnell. Die Schweiz muss sich auch überlegen, was die Wirtschaft tragen kann und was für eine Vorreiterrolle sie sich gegenüber der EU und den Konkurrenten auf den Weltmärkten leisten kann.

## **Da ist eine gewisse Skepsis herauszuhören.**

Natürlich. Wir können auch mit anderen Energiesystemen überleben, das machen andere Länder auch. Die Frage ist aber, mit welchen Mitteln und zu welchen Kosten.

## **Es gibt die Idee von riesigen Solarplantagen in den Wüstengebieten in Afrika, die Strom nach Europa liefern. Sind das Hirngespinnste?**

Nein, aber es ist nicht das System, auf das ich beim Strom als Erstes bauen würde, nachdem wir beim Öl und teilweise beim Gas uns schon sehr stark von Importen aus politisch instabilen Staaten abhängig gemacht haben.

## **Auf was möchten Sie denn als Erstes bauen?**

Wir haben noch ein Potenzial an Wasserkraft, das sicher als Erstes erschlossen werden muss. Weiter gibt es ein Potenzial bei den neuen erneuerbaren Energien. Eine Stromlücke wird aber bleiben, deshalb wird man realistischerweise mindestens für eine Übergangszeit Gas zum Einsatz bringen müssen. Ob in der Schweiz oder im Ausland, ist offen. Aber in kurzer Frist völlig CO<sub>2</sub>-frei zu werden wäre ganz, ganz schwierig. (Der Bund)

Erstellt: 24.03.2012, 11:16 Uhr

Noch keine Kommentare